

Landtag Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

9. November 2023

VORLAGE
18/1921

Alle Abgeordneten

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 11 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des **Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Votum

Der Einzelplan 11 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales – wird unverändert angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) – Drucksache 18/5000 – wurde vom Plenum am 23. August 2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt.

B Beratungen

Der Einzelplan 11 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales – wurde vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in den Sitzungen am 13. September 2023, 18. Oktober 2023 und am 8. November 2023 beraten. Die Abstimmung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales erfolgte am 8. November 2023.

Mit der Vorlage 18/1422 lag der Erläuterungsband zum Einzelplan 11 vor. Die Vorlage 18/1628 sowie die Vorlage 18/1714, die schriftliche Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 11, flossen in die Beratungen ein.

C Änderungsanträge der Fraktionen

Von der Fraktion der SPD und von der Fraktion der FDP wurden die im Anhang dargestellten Änderungsanträge zur Beratung und Abstimmung vorgelegt. Die jeweiligen Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

Kein Änderungsantrag fand die erforderliche Mehrheit.

D Ergebnis

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales votierte mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD den Einzelplan 11 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales – unverändert anzunehmen.

Josef Neumann
Vorsitzender

Anhang

		<p>in der Hauswirtschaft zu verzeichnen. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist es daher, wieder mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe zu gewinnen.</p> <p>Bei der Werbung für eine berufliche Ausbildung sollten alle Kanäle genutzt werden. Junge Menschen informieren sich zunehmend über soziale Netzwerke. Klassische Medien verlieren an Bedeutung. Inhalte können in sozialen Medien individuell und altersgerecht gestaltet werden.</p> <p>Eine gesteigerte Relevanz auf die Meinungsbildung und Informationsbeschaffung von Jugendlichen haben Influencer. Eine Zusammenarbeit mit Influencern ermöglicht eine authentische und glaubwürdige Kommunikation. Deshalb sollen zusätzliche Haushaltsmittel für eine landesweite Werbekampagne zur Attraktivität und Wertschätzung beruflicher Ausbildung eingesetzt werden, die den Schwerpunkt auf soziale Medien legt.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsankennung und Fachkräfteoffensive Titelgruppe 75 Förderung der Berufseinstiegsbegleitung Titel 686 75 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 16.300.000 Euro 29.200.000 Euro um 12.900.000 Euro auf 29.200.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
3	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsankennung und Fachkräfteoffensive Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA) Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2024</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">14.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">14.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">16.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> KAoA ist ein wichtiges Instrument zur Berufsorientierung und hilft seit Jahren vielen jungen Menschen den Weg in den Beruf zu finden. Angesichts vom Fachkräftemangel ist das Instrument noch wichtiger geworden. Um die Arbeit von KAoA weiter zu gewährleisten und damit jungen Menschen beim Start ins Berufsleben zu helfen, ist dringend eine Erhöhung der Mittel nötig.</p>	2024		Ansatz lt. HH 2023	von	14.000.000 Euro	14.000.000 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	16.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	AfD	nein
2024		Ansatz lt. HH 2023																							
von	14.000.000 Euro	14.000.000 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	16.000.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Einrichtung eines Titels 686 30: Strategie gegen Einsamkeit in Nordrhein-Westfalen</p> <p><u>Begründung:</u> Einsamkeit betrifft in Nordrhein-Westfalen viele Menschen unterschiedlicher Altersgruppen. Die Auswirkungen von Einsamkeit auf die Gesundheit, die soziale Teilhabe und das gesamte Leben des Einzelnen sind gravierend. Auch die Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft und die Demokratie sind weitreichend. Eine Strategie gegen Einsamkeit ist dringend geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
5	SPD	<p>Kapitel 11 050 Titelgruppe 86</p> <p>Titel 893 86</p> <p>Inklusion Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 3.651.000 Euro 7.651.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 7.651.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Im Rahmen der Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben sowie angesichts des Fachkräftemangels kommt der beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderung eine zentrale Rolle zu. Die Mittel für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung müssen daher im bisherigen Umfang zur Verfügung stehen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Maßnahmen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen</p> <p>Titel 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: right;">2024 Ansatz lt. HH 2023</p> <p>von 5.443.900 Euro 6.943.900 Euro um 1.500.000 Euro auf 6.943.900 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Präventionsarbeit bei Suchterkrankungen ist ein zentrales Element der Bekämpfung von Suchterkrankungen und ihren Folgen. Übermäßiger Alkohol-, Tabak-, Drogen-, oder Glücksspielkonsum führt bei vielen Menschen zu schwerwiegenden Gesundheitsfolgen. Gerade deshalb muss in NRW die Präventionsarbeit vollumfänglich fortgeführt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja</p>

		<p>Crack-Konsums während der Pandemie, begegnet werden.</p> <p>Mit zusätzlichen Haushaltsmitteln soll eine derartige Neuausrichtung der Suchthilfe auf den Weg gebracht werden. Dabei sollen unter anderem neue Präventionsangebote eingerichtet werden, die Finanzierung von Überlebenshilfen bedarfsgerecht ausgebaut werden und Plätze in „Krankenwohnungen“ für Suchtkranke aufgestockt werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	FDP	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 75 Digitalisierung der medizinischen Versorgung, Versorgungsstrukturentwicklung und -forschung sowie Vorsorge im Gesundheitswesen</p> <p>Titel 686 75 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 4.250.400 Euro um 1.000.000 Euro auf 5.250.400 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Digitalisierung der medizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen muss weiter vorangetrieben werden. Gerade im Hinblick auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen sind zusätzliche Initiativen und Projekte nötig, um eine schnelle Umsetzung zu fördern. Die vorgesehene Kürzung der Haushaltsmittel dieser Titelgruppe ist daher kontraproduktiv und muss zumindest teilweise zurückgenommen werden. Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln soll die Einführung neuer digitaler Anwendungen und Instrumente unterstützt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enth.</p>

		<p>Allerdings wird die Arbeit der Kinderschutzambulanzen bisher nur teilweise refinanziert. Das Land unterstützt 22 Kinderschutzambulanzen durch die anteilige Übernahme von Personalkosten. Bei deren Standorten bestehen in etlichen Regionen des Landes noch Lücken. Deshalb ist ein weiterer Ausbau der Kinderschutzambulanzen erforderlich. Ziel sollte es sein, dass in jedem Kreis bzw. jeder kreisfreien Stadt ein direkter und ortsnaher Zugang zu einer Kinderschutzambulanz möglich ist.</p> <p>Zusätzlich sollen die Haushaltsmittel für die Maßnahme „Diabetesprävention an Schulen“ um 100.000 Euro aufgestockt werden. Die bisher erzielten Erfolge bei der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes mellitus Typ 1 im Schulalltag müssen gesichert werden. Dazu sind die Schulungsangebote für das Personal von Schulen und Kitas weiter auszubauen und die Begleitung bei Ausflügen und Klassenfahrten weiter zu fördern. Dabei sind die bewährten Partner zu beteiligen.</p>	
--	--	---	--